

2017-11-07

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 27.09.2017

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:35 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste, stellte die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit neun anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

- 3 Genehmigung der Niederschriften vom 09.08.2017 und 30.08.2017**

Herr Adamek, CDU-Fraktion, gab an, dass die Niederschriften den Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses erst am Vorabend zugegangen sind und es daher zu wenig Zeit zum Lesen war.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass die Genehmigung beider Niederschriften folglich auf die nächste Sitzung verschoben wird.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung vom 30.08.2017 gefassten Beschlüsse bekannt:

- **Vergütung der Tätigkeit des Aufsichtsrates der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG)**
Vorlage: BV/306/2017/II-20BTM

Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt.

- **Personalentscheidung - Ernennung Herrn Stefan Horvath zum Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung**
Vorlage: BV/261/2017/II-10
- **Vorschlag zur Verleihung des Sachsenberg-Preises 2017 an Herrn Hans Dietrich Herrmann**
Vorlage: BV/234/2017/I-OB

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

6 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht vorgebracht.

Daher stellte **Herr Oberbürgermeister Kuras** um 16:40 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

11 Öffentliche Anfragen und Informationen

11.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erinnerte daran, dass sich 2018 die Pogromnacht zum 80. Mal jährt. Es gebe einen Entwurf zum Bau der Synagoge, zudem sich alle Fraktionen verständigen sollten, damit es einen gemeinsamen Entwurf aller Fraktionen gibt und letztendlich ein Signal für den Haushalt gegeben werden kann, sodass potentiell je 50.000 Euro für nächstes Jahr und das Jahr darauf eingestellt werden können. Zunächst muss jedoch der politische Wille vorangehen, damit die Verwaltung weiß, dass Mittel im Haushalt bereitgestellt werden müssen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte die Unterstützung seiner Fraktion, sofern es finanziell möglich ist. Das Thema sei lange überfällig, er wäre über einen Konsens erfreut.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete, dass sich zum Anbau an die Synagoge ein Kuratorium gegründet hat. Auf Wunsch der Jüdischen Gemeinde zu Dessau habe er sich bereit erklärt, Mitglied dessen zu werden. Den Vorsitz hat der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Herr Dr. Wassermann, übernommen. Weitere Mitglieder sind Herr Dainow, Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland K. d. Ö. R., sowie Herr Markworth, welchen er trotz des Ärgers des Jacoby-Entwurfs überreden konnte. Außerdem seien diverse Vertreter eines jüdisch-christlichen Arbeitskreises, sowie die Katholische und Evangelische Kirche vertreten. Mittlerweile liegen drei Entwürfe für den Anbau vor, einen habe der Architekt Herr Bankert geliefert, außerdem habe Herr Prof. Jacoby, der den ursprünglichen großen Entwurf gemacht hat, nun einen deutlich kleineren nachgeliefert. Der dritte Entwurf stammt von einem Dessauer Planungsbüro. Die Jüdische Gemeinde zu Dessau sei quasi der Bauherr und werde entscheiden, welcher Entwurf umgesetzt wird. Ihm selbst gefällt der zweite Entwurf des Herrn Jacoby gut, so der Oberbürgermeister.

Im Kuratorium wurde ebenso die Finanzierung thematisiert. Die Jüdische Gemeinde bringt einen großen Teil der Kosten auf, die Kosten werden auf eine Million Euro geschätzt, demnach weniger als die Hälfte des alten Entwurfes. Der Zentralrat der Juden habe angekündigt, ebenfalls Mittel beizusteuern. Die Stadt Dessau-Roßlau sei gebeten worden, 100.000 Euro zuzusteuern. Dann sei jedoch immer noch ein Restbetrag offen. Eine Restsumme soll als Kredit bei einem Dessauer Kreditinstitut aufgenommen werden. Herr Dainow habe ihn geben, mit dem Ministerpräsidenten Herrn Haseloff ins Gespräch zu kommen. Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, am 01.09.2017 die Gelegenheit gehabt zu haben, ihm von dem Anbau zu berichten und dass das Land 200.000 Euro geben müsste. Er habe ihm ebenfalls gesagt, dass es Dessau-Roßlau gegenüber unfair war, da es hieß, es gebe keine Konkurrenz zwischen Magdeburg und Dessau-Roßlau. Jedoch habe der Landtag, trotz des Streites um den Standort, 200.000 Euro für die Planung an die Jüdische Gemeinde zu Magdeburg gegeben. Auch der Ministerpräsident und die Landesregierung haben nun endlich das Ziel, den Neubau einer Synagoge in Sachsen-Anhalt zu veranlassen. Das Land hat derzeit keine Synagoge, es gebe nur das kleine Gebäude in Gröbzig, welches eine Art Museum war. Darin gibt es jetzt wieder eine aktive Gemeinde. Das Gebäude sehe jedoch auch von außen nicht wie eine Synagoge aus.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete, er habe den Wunsch geäußert, gemeinsam mit Herrn Dainow und Herrn Markworth zum Ministerpräsidenten zu reisen, um ihm alles darzulegen. Der Ministerpräsident habe in Aussicht gestellt, einen Termin einzurichten. Zuständig sei Herr Staatsminister Robra, nicht jedoch der Bildungsminister Tullner. Zudem wurde Herr Oberbürgermeister Kuras gebeten, alles nochmals schriftlich zu machen, was er auch getan hat. Der Haushalt 2018 werde grausam, jedoch müsse ein Zeichen gesetzt werden. Wenn es in zwei Teilbeträge aufgesplittet wird, könne es gelingen.

Wenn die Landesregierung die Finanzlücke füllt, wäre eine Finanzierung des Anbaus möglich. Die Jüdische Gemeinde sei sehr dankbar gewesen, dass er als Oberbürgermeister einen Sitz im Kuratorium hat, sie haben viel Wert darauf gelegt, die Stadt dabei zu haben.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete zudem, dass er mit Frau Jahn, Leiterin des Planungsamtes, bei Herrn Haseloff für die Entschädigungsprojekte gewesen ist. Insbesondere von der Vertreterin des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr wurde der Stadt bestätigt, dass die Chancen gut stehen. Ein Projekt war die Umgestaltung der Askanischen Straße. Es handle sich um eine Straße der Religion. Die Stadt hat das St. Georg Zentrum, die Geburtsstätte von Moses Mendelssohn, einen

muslimischen Gebetsraum bei der DWG und schließlich hätte sie den Anbau einer Synagoge. Der Anbau sehe gut aus; wenn man die Straße noch vernünftig gestaltet und die Fahrbahn für mehr Platz einengt, könne er noch besser wirken.

Der Oberbürgermeister sagte, die Stadträte würden ihm sehr helfen, wenn sie sich zum Anbau der Synagoge bekennen würden, auch für die Glaubwürdigkeit der Stadt gegenüber der Jüdischen Gemeinde. Trotz des schwierigen Haushaltes habe er bisher nur sehr viel guten Willen seitens der Stadträte gespürt.

Herr Eichelberg entgegnete, die Bitte geäußert zu haben, es in den Fraktionen zu besprechen. Dennoch müsse jetzt jemand die Beschlussvorlage schreiben, so der **Oberbürgermeister**. Es gebe bereits einen Entwurf, welcher einer gemeinsamen Überarbeitung aller Fraktionen bedarf, so **Herr Eichelberg**. **Herr Schönemann** schlug vor, den Entwurf an alle Fraktionen zu verteilen, damit diese ihre Meinung dazu äußern können. Ein fraktionsübergreifender Antrag der Fraktionen sei ein sehr gutes Signal, bekräftigte der **Oberbürgermeister**.

Herr Eichelberg ging auf den Abriss des Blockes in der Friedhofstraße 22 - 30 ein, die Bürgerinitiative sei darüber mit Schreiben vom 05.09.2017 in Kenntnis gesetzt worden. Was er nicht verstehen kann, sei, dass trotz der vielen Vorschläge der Bürgerinitiative und deren Bitte um einen weiteren Termin, der Block abgerissen wird. Er betitelte es als Hinhaltenakt und kritisierte den Abriss in der Innenstadt. Zwei der Vorschläge der Bürgerinitiative seien gut gewesen – zum einen der Verbleib bei der DWG, zum anderen der Verkauf. Man schwäche die Innenstadt und habe sich als Haupt- und Personalausschuss eigentlich vorgenommen, das Innenstadtkonzept zu überdenken. Herr Eichelberg erklärte, er finde es eigenartig, wie mit der Initiative umgegangen wurde und wird. Er habe gegenüber der Bürgerinitiative Empfehlungen ausgesprochen, wie sich diese verhalten soll. Er kündigte an, dieser Unterstützung zu leisten.

Zudem ging Herr Eichelberg auf den Austritt der DWG aus dem Arbeitgeberverband ein. Das kommunale Unternehmen zahle bei gleicher Arbeit unterschiedliche Löhne. Dies werde er veröffentlichen und einen Termin mit der Gewerkschaft wahrnehmen. Er werde sich überlegen, wie den Mitarbeitern der DWG zu helfen ist und gab sich empört darüber, dass die Stadt den Austritt zugelassen hat. Natürlich müsse das Unternehmen auf die Kosten achten, dennoch müssen geeignete Wege gefunden werden, bevor ein Austritt erklärt wird. Es gebe genügend andere Wege. **Herr Oberbürgermeister Kuras** entgegnete, dass über diese Wege nie eine Einigung erzielt worden ist. Die Mitarbeiter der DWG erhalten ein 14. Monatsgehalt, das solle mal einem Mitarbeiter der Stadtverwaltung erklärt werden. Es handle sich um uralte Tarifverträge. Mit den Mitarbeitern der DWG sei verhandelt worden, weil es sich um immense Kosten handle. Es war keine Bereitschaft erkennbar gewesen, dass die Mitarbeiter auch nur auf einen kleinen Teil verzichtet hätten. In den Verhandlungen wurde ihnen mitgeteilt, dass in Folge der Austritt aus dem Arbeitgeberverband erklärt wird. Auch das habe niemanden interessiert. Somit wurde der schmerzhafteste Schritt des Auftrages gemacht.

Herr Eichelberg entgegnete, dass dies unstrittig sei. Er könne es teilweise auch nachvollziehen, das Unternehmen muss überleben und schwarze Zahlen schreiben. Wenn jedoch der Austritt aus dem Verband erklärt wird, muss gleichzeitig überlegt werden, welche anderen Schritte einleitet werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erwiderte, dass die DWG seines Wissens das einzige kommunale Wohnungsunternehmen ist, welches noch in dem Arbeitgeberverband war. **Herr Eichelberg** erklärte,

man könne nicht mit dem Betriebsrat verhandeln, weil dieser dafür gar nicht zuständiger Verhandlungspartner ist. Dem widersprach der **Oberbürgermeister Herr Eichelberg** kündigte an, dass ein Haustarifvertrag angestrebt wird. Auf der einen Seite gebe es den Bestandsschutz, neu eingestellte Mitarbeiter würden jedoch völlig anders vergütet werden. Es hätte vor einem Jahr direkt ein Haustarifvertrag angestrebt werden müssen.

Herr Oberbürgermeister Kuras erinnerte daran, dass sich die Stadträte auch für die städtischen Interessen einsetzen müssen und es einen Aufsichtsrat gibt, der durch Mitarbeitervertreter und Stadträte besetzt ist. Auch die SPD sei darin vertreten. **Herr Eichelberg** entgegnete, dass er verstehe, dass das Unternehmen gesund bleiben bzw. gesund sein muss. Er verstehe jedoch nicht, warum sich die Geschäftsführung keine Gedanken über Alternativen beim Austritt aus dem Arbeitgeberverband gemacht hat. Es sei nicht die Aufgabe des Aufsichtsrates. **Herr Oberbürgermeister Kuras** sagte, er könne sich dieser Auffassung annähern. Der Aufsichtsrat kann die Geschäftsführung dazu anhalten, etwas zu tun. Dies könne sich **Herr Eichelberg** nicht vorstellen.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärte, dass es übliche Praxis nach einem Austritt ist, sich weiterhin an den Tarifvertrag anzulehnen, aber nicht mehr jede Steigerung 1:1 mitmachen zu müssen. Man gehe nicht plötzlich aus allem raus. Deshalb brauche man auch keinen Haustarifvertrag. Man lehne sich an und entscheide immer im Einzelfall, ob die Ergebnisse der Tarifverhandlungen 1:1 übernommen werden.

Herr Eichelberg sagte erwidern, wenn man einsparen will und neue Mitarbeiter einstellt, geht man völlig anders heran. Dies verneinte **Frau Nußbeck**, da so ein neues Tarifwerk entwickelt werden müsste. Möglich sei nur ein Haustarifvertrag, so **Herr Eichelberg** erneut. **Frau Schlonski** widersprach dieser Aussage, man könne sich anlehnen.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, bat darum, dies im Aufsichtsrat zu diskutieren. Die SPD-Fraktion möge ihren Sitz darin wieder besetzen. Der Beschluss sei in Vorbereitung, erwiderte **Herr Eichelberg**. Es habe nichts mit dem Aufsichtsrat zu tun, er sei mit der Politik der Geschäftsführung nicht einverstanden.

Frau Schlonski wies darauf hin, dass der Aufsichtsrat dem Austritt zugestimmt hat. Der Stadtrat habe eine Loyalitätspflicht der Stadt gegenüber, so **Herr Oberbürgermeister Kuras**.

Herr Schönemann, Die Linke, erklärte, es habe eine ähnliche Situation in der DVV gegeben. Dort existierten 4 Tarifsysteme, die auf 2 reduziert wurden. Der Aufsichtsrat habe jedoch nicht den Einfluss, er könne empfehlen, aber nicht festlegen. Es bedarf eines Beschlusses zwischen der Unternehmensleitung und der Personalvertretung. Nur deshalb seien Arbeitnehmervertreter auch im Aufsichtsrat, ergänzte der **Oberbürgermeister**. Dennoch könne er die Sicht von Herrn Eichelberg teilen, so **Herr Schönemann**. Man müsse der Vollständigkeit halber sagen, dass die Arbeitnehmerschaft in der DWG einen hohen Altersdurchschnitt hat, so **Frau Nußbeck**. Es sei kein Haustarifvertrag zustande gekommen, da die Arbeitnehmerschaft dem zustimmen müsse. Die älteren Mitarbeiter seien nicht zu Zugeständnissen bereit gewesen. Ihre Arbeitsplätze sind sicher. Es sei ein Riss durch die Belegschaft gegangen. Die jüngeren Mitarbeiter waren durchaus der Meinung, dass man einen Kompromiss hätte finden sollen. Dieser wurde jedoch nicht gefunden, weil die Mehrheitsverhältnisse in der Arbeitnehmerschaft so liegen. **Herr Eichelberg** entgegnete, seine Verantwortung als Stadtrat sei unstrittig. Er habe eine Einladung von der zuständigen Gewerkschaft erhalten, es gehe dabei um einen Haustarifvertrag in der DWG. Ver.di vertrete nur die

Arbeitnehmer, die in der Gewerkschaft sind. **Frau Nußbeck** sagte erwidern, dass ver.di gar nicht zuständig sei. Bisher sei die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen zuständig gewesen. Selbst wenn ver.di einen Haustarifvertrag aushandelt, müsse die Belegschaft zustimmen, so **Herr Rumpf**. Das sei nicht ganz richtig, so Herr Eichelberg. **Frau Nußbeck** entgegnete, mehrere Haustarifverträge zwischen dem Kommunalen Arbeitgeberverband und der Stadt ausgehandelt zu haben. Selbstverständlich sitzen in den Verhandlungen die Gewerkschaften und der Personalrat. Nichts, was dort verhandelt wird, geht am Personalrat vorbei, er vertritt die Interessen der Arbeitnehmerschaft. **Herr Eichelberg** sagte schließlich, dass es der richtige Weg gewesen ist, wenn es zu teuer war. Die anderen Schritte obliegen der Geschäftsführerin Frau Passlack. Das gleiche müsste eigentlich auch im Anhaltischen Theater passieren. Ein Tarifvertrag wäre das Beste.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bat um Beendigung des Themas.

Natürlich müsse die Geschäftsführerin der DWG im Prozess mitgenommen werden, so der **Oberbürgermeister**. Er ging nochmals auf die Friedhofstraße ein und übergab Frau Schlonski das Wort.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärte, es gebe im Aufsichtsrat eine Beschlusslage zum Abriss des Gebäudes. Im Zusammenhang der Diskussion, auch im Haupt- und Personalausschuss, sei immer wieder mit der DWG gesprochen worden. Daraufhin habe es eine Veranstaltung gegeben, bei der die DWG ihr überarbeitetes Portfolio-Management, nach welchem Entscheidungen getroffen werden, vorgestellt hat. Es seien dabei zusätzlich städtebauliche Aspekte aufgenommen worden. In der Sitzung sei festgelegt worden, dass nach diesem Portfolio gehandelt werden kann und betroffene bestehende Beschlüsse Bestand haben sollen.

Bei der Aufsichtsratssitzung wurde konkret über die Abrissbeschlüsse gesprochen. Dort wurde nochmals bestätigt, dass an den bereits gefassten Beschlüssen festgehalten wird. Das sei von der DWG nachvollziehbar dargelegt worden.

Zu den Ideen der Bürgerinitiative sagte Frau Schlonski, dass sie zu einem gemeinsamen Termin eingeladen hatte, wo seitens der Bürgerinitiative die drei Vorschläge vorgelegt wurden. Diese seien geprüft worden. Der Bürgerinitiative wurde keine weitere Veranstaltung zugesagt, es habe jedoch noch eine Veranstaltung stattgefunden, weil sich die Bürgerinitiative auch für das Quartier am Leipziger Tor engagiert hat. Auch da sei immer wieder gesagt worden, dass das Problem nochmals ernsthaft bei der DWG erwogen wird. Aber nun sei die Entscheidung getroffen worden, beim Abriss zu bleiben.

Herr Eichelberg sprach, dass mit der Bürgerinitiative davor nicht nochmal geredet worden ist. D. h. sie weiß es erst jetzt offiziell postalisch. **Frau Schlonski** entgegnete, die Bürgerinitiative sollte nach der Aufsichtsratssitzung zeitnah die Mitteilung erhalten, dass die unterschiedlichen Aspekte auch mit dem neuen Portfolio geprüft worden sind und die Entscheidung des Abrisses belassen wird. **Herr Eichelberg** fragte, ob in der Veranstaltung mit Teilen des Haupt- und Personalausschusses beschlossen wurde, dass die Beschlüsse der DWG umgesetzt werden. **Frau Schlonski** bejahte dies. **Herr Eichelberg** fragte weiter, ob die Entscheidung von allen Aufsichtsratsmitgliedern und den damals anwesenden Hauptausschuss-Mitgliedern mitgetragen wurde. Es habe keinen Widerspruch gegeben, so **Frau Nußbeck** und **Frau Schlonski**. Danach habe es nochmal eine Aufsichtsratssitzung gegeben, nach der das Schreiben an die Bürgerinitiative herausgegangen ist.

Herr Dr. Melchior sagte, es sei in der Tat bei der Veranstaltung so diskutiert worden, dass bisherige Beschlüsse nicht kurzfristig geändert werden können. Er hoffe nicht, dass es Beschlüsse betrifft, die in den nächsten Jahren gefasst werden. Darüber sei nichts Konkretes vorgelegt worden. Es solle nicht als Freibrief für die nächsten Jahre genutzt werden, sodass weitere Abrissbeschlüsse vorbereitet werden.

Frau Nußbeck entgegnete, dass es konkret um die Friedhofstraße ging, nicht allgemein. Herr Puttkammer habe dies konkretisiert. Frau Passlack habe dargelegt, dass bis auf drei Mietparteien von der Bürgerinitiative, alle Bewohner umgesiedelt worden.

Frau Schlonski sagte, dass mit fünf oder sechs Personen von der Bürgerinitiative noch verhandelt wird, mit den Übrigen sei bereits der Auszug verhandelt worden.

Herr Schönemann gab an, während der Beratungen, die im Zuge des Unternehmenskonzeptes geführt worden, sei angesprochen worden, dass es der Unternehmensleitung gemeinsam mit dem Aufsichtsrat obliegt, die Beschlusslage zu werten. Es sei nicht explizit thematisiert worden. Die Behandlung hatte Informations-, nicht Beschlusscharakter. Die Entscheidung sei dann in der Aufsichtsratssitzung bestätigt worden.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigte dies, es habe nicht auf der Tagesordnung gestanden. Es sei von einem Stadtrat angesprochen worden, es habe jedoch auch keine Aufregung gegeben. Bei Gründung einer Eigengesellschaft müsse der Geschäftsführung auch ein gewisser Handlungsspielraum zugestanden werden, so der Oberbürgermeister. Er erinnere sich noch an die Worte des Herrn Matthias von der DWG, welcher sagte, der Block sei bauphysikalisch tot. Inzwischen wohnen noch 10 Parteien im Block, mit 5 wurde eine Einigung erzielt, mit 5 werde noch verhandelt, so **Frau Nußbeck**. Klar sei, dass eine Stadt durch Abriss nicht schöner werde, jedoch sei die Sache in erster Linie betriebswirtschaftlich betrachtet worden, schilderte der **Oberbürgermeister**. Der Stadtrat sei etwas in der Zwickmühle – einerseits müsse man dem Unternehmen zugestehen, dass es betriebswirtschaftlich sinnvolle Entscheidungen trifft, andererseits müsse übergeordnet beispielsweise auch die Quartiersentwicklung betrachtet werden.

Herr Eichelberg entgegnete, dass jedoch bekannt sei, dass private Investoren interessiert waren. **Herr Rumpf** erwiderte salopp, wenn ganz Zoberberg abgerissen werde, können die Wohnblöcke in der Innenstadt erhalten werden. Dann müsste man aber ganz Zoberberg umsiedeln. Wenn die Einwohnerzahlen sinken, werden nicht mehr so viele Wohnungen benötigt. **Herr Eichelberg** wies darauf hin, dass er nicht nur für sich selbst, sondern für die ganze SPD-Fraktion rede. Fraglich sei, wie künftig mit solchen Situationen und Bürgerinitiativen umgegangen wird, so **Herr Schönemann**. Ein Teil der Kritik sei gerechtfertigt. Aus seiner Sicht sei der Prozess nun jedoch abgeschlossen. **Herr Dr. Melchior** fügte hinzu, dass man den Mut haben müsse, klar eigenständig zu agieren. Er vermisse diesen Mut bisher. Dies sei auch Gegenstand der gemeinsamen Besprechung gewesen, so der **Oberbürgermeister**.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, ging auf die Beschlussvorlage zur Dr.-Helmut-Kohl-Straße ein. Obwohl es im Stadtrat so vorgesehen war, die Beschlussvorlage heute zu behandeln, wurde sie aufgrund eines Missverständnisses nicht auf die Tagesordnung aufgenommen. Sie werde jedoch im nächsten Stadtrat behandelt. Es wurden alle Fraktionen angeschrieben und um Rückmeldung gebeten. Von der Fraktion Pro Dessau-Roßlau kam der Vorschlag, Teile der Ludwigshafener Straße umzubenennen. In einem Beigespräch sei der Wörlitzer Bahnhof vorgeschlagen worden, dort sei das Umweltbundesamt angesiedelt. Ein weiterer Vorschlag war, einen Teil der Askatischen Straße, der in der Ludwigshafener Straße mündet, umzubenennen. Nach wie vor stehe auch die Verbindungsstraße im Raum. In der CDU-Fraktion werde der

Wörlitzer Bahnhof bevorzugt. Seines Wissens war es auch eine Präferenz des Oberbürgermeisters. **Herr Oberbürgermeister Kuras** entgegnete, den Abschnitt der Ludwigshafener Straße zu bevorzugen. Dort ändere sich vermutlich nur die Anschrift der Tankstelle, so **Herr Adamek**. Im Bereich zwischen der Friedensbrücke bis zur AOK-Kreuzung gebe es keine Postanschrift. Die Intention im Stadtrat war, eine Postanschrift zu beeinflussen, so denn eine Umbenennung stattfinden soll. Dabei wäre das Umweltbundesamt prädestiniert. Das tue den Wählern nicht weh, so **Herr Rumpf**. **Herr Adamek** sagte auf die Frage des Oberbürgermeisters hin, dass die Vorschläge nun diskutiert werden sollen, sodass man sich für einen entscheidet. Die bestehende Beschlussvorlage werde dann angepasst. Für den Wörlitzer Bahnhof würde die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage anpassen, konkretisierte **Herr Rumpf**. Am Wörlitzer Platz heiße die Straße bisher, so **Herr Adamek**. Auf die Frage des **Oberbürgermeisters**, ob es auch eine Wörlitzer Straße gebe, antworte **Frau Nußbeck**, dass diese in Dessau-Nord sei. Es sei notwendig, dass etwas nach Wörlitz benannt sei/bleibe, so **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Durch die Doppelbelegung sei die Umbenennung des Platzes in Ordnung. Zumal die Wörlitzer Bahn dort nicht hält, sondern am Hauptbahnhof. **Herr Adamek** erklärte, dass die Firma SITEL GmbH an der Unruhstraße gelegen sei, daher betreffe es nur das Umweltbundesamt. Am Wörlitzer Platz sei dann umzubenennen in Helmut-Kohl-Platz. Alternativ werde der benannte Teil der Ludwigshafener Straße umbenannt. **Herr Dr. Melchior** entgegnete, dass ein Teil der Fraktion generell gegen eine Umbenennung nach Dr. Helmut Kohl stimmen wird. Die Umbenennung der Straße Am Wörlitzer Platz werde von seiner Fraktion wahrscheinlich gar nicht mitgetragen. Ein Teil der Fraktion werde der Umbenennung eines Abschnittes der Ludwigshafener Straße zustimmen, auch der ursprüngliche Vorschlag würde Zuspruch finden. Für die SPD-Fraktion sprechend sagte **Herr Eichelberg**, dass noch immer auf eine Rückmeldung der CDU-Fraktion zu einem Telefonat vor zwei Tagen gewartet werde. Die Fraktion müsse sich noch beraten. Er sei gegen die Umbenennung des Wörlitzer Platzes. Die letzte Abstimmung in der Fraktion sei in einer Enthaltung gemündet.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm verwies auf die Bedeutung Dr. Helmut Kohls für Dessau. Er habe sich persönlich für die Städtepartnerschaft mit Ludwigshafen eingesetzt. Diese habe ideell und materiell einen hohen Nutzen für Dessau gehabt, so im Hinblick auf das Krankenhaus, den Hochwasserschutz und die Verwaltung.

Herr Oberbürgermeister Kuras fragte, ob es zum Abschnitt der Ludwigshafener Straße eher Zustimmung gäbe. Dem könne er problemlos zustimmen. **Herr Adamek** erklärte, dass die Anschrift der Star-Tankstelle und des Paul-Greifzu-Stadions sowie wenige weitere geändert werden müsste. Bei der Teilung der Straße müsste eine Einigung erfolgen, ob der Abschnitt von der Heidestraße bis zur AOK oder von der AOK bis zur Friedensbrücke umbenannt werden soll.

Herr Eichelberg erklärte, dass in Mosigkau das Grab von Heinrich Deist, ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, gelegen sei, um welches sich niemand kümmere. Dafür solle gespart werden. Er werde innerfraktionelle Rücksprache zur Umbenennung halten. Die Frage des **Herrn Oberbürgermeister Kuras**, ob es eine Heinrich-Deist-Straße gebe, wurde bejaht. **Herr Dr. Melchior** nahm an, dass nicht alle Mitglieder seiner Fraktion dem Vorschlag zur Ludwigshafener Straße zustimmen werden. **Herr Schönemann** sprach sich für eine Umbenennung nach Alfred Radeloff aus. Dies sei ein anderes Thema und müsse gesondert beraten werden, so der **Oberbürgermeister**.

Nach einer kurzen Diskussion wurde entschieden, dass die Beschlussvorlage ohne weiteren Beschluss des Haupt- und Personalausschusses im Stadtrat beschlossen werden soll. Sie gilt als behandelt, so der Oberbürgermeister.

Herr Schönemann sagte zur Problematik Lesart von Protokollen, dass im Haupt- und Personalausschuss zur Beschlussvorlage FV/004/2017/CDU „Dem demografischen Wandel in Dessau-Roßlau begegnen“ beschlossen wurde, dass es dazu Prüfaufträge gibt und keine Satzung. Im Stadtrat sei das Gegenteil beschlossen worden. Er werde künftig großen Wert darauf legen, vorgelesen zu bekommen, was beschlossen wird. **Frau Nußbeck** stimmte zu, dass im Hauptausschuss tatsächlich nur von einem Prüfauftrag und nicht von einer Satzung die Rede war. Die Prüfaufträge seien abgearbeitet worden, so der **Oberbürgermeister**. Herr Oberbürgermeister Kuras habe im Stadtrat bestätigt, dass es sich um Prüfaufträge handelt, so **Herr Schönemann**. **Frau Nußbeck** sagte, dass die Prüfungen so weit fortgeschritten seien, dass sie den Einreicher CDU-Fraktion über das Ergebnis in Kenntnis setzen werde. Es müsse nochmal thematisiert werden, da sie davon ausgehe, dass der Beschluss so nicht gewollt ist. Dennoch müsse es in einer Satzung enden, so der **Oberbürgermeister**. Dem widersprach **Frau Nußbeck**. Die Stadt Sehnde hat es zum Beispiel „Förderprogramm zur Ansiedlung junger Familien“ genannt und die Punkte benannt, die sie umsetzen will. Es müsse letztendlich auch ein Stadtratsbeschluss sein. Es sei jedoch keine Satzung, sondern ein Förderprogramm.

Herr Adamek gab an, es gestern nicht geschafft zu haben, den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu besuchen, da er im Jugendhilfeausschuss war. Daher fragte er Frau Schlonski zur Zufahrt zur Bäckerei Lantzsch, ob es neue Erkenntnisse gebe. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass Dissens zwischen ihm und Frau Schlonski herrsche. Bei der Erteilung von Weisungen lege er Wert darauf, nicht nur als Vorgesetzter anzuweisen, sondern auch zu begründen. Er sei der Meinung, dass verschiedene, ergangene Stellungnahmen, nicht alles berücksichtigt haben und nicht sachgerecht sind. Es brauche Zeit, an der es gemangelt hat. Dokumentierter Weise fahren auch Polizeifahrzeuge rechts herum, um zu Lantzsch zu fahren, fügte er hinzu. **Frau Schlonski** erklärte, dass die jetzige Situation geduldet werde. **Herr Adamek** fragte, wann er mit einer Antwort rechnen kann. Er werde eine neue Unfallquelle geschaffen, gab **Herr Dr. Melchior** zu bedenken. Die Entscheidung müsse auf rechtlichen Argumenten fußen, so **Frau Schlonski**. Herr Kuras solle sie ihr benennen.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete, dass sich die Jet-Tankstelle gemeldet hat, welche sich neben Lantzsch ansiedeln möchte. Das Bauordnungsamt gab an, dass die Tankstelle gar nicht das Privileg einer Zufahrt nutzen, sondern von hinten aus befahren werden möchte. Lantzsch sollte mit Jet sprechen, um eine Zufahrtslösung zu finden, so **Herr Rumpf**. Lantzsch könnte auch nochmal mit ARAL in Kontakt treten, so **Frau Schlonski**. Die Jet-Tankstelle sei die Lösung für Lantzsch, sprach **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Das Bauordnungsamt sehe das offenkundig anders. Die Jet-Tankstelle hat nach eigenen Wünschen einen Antrag eingereicht, so **Frau Schlonski**. Das Amt werde Jet nicht dazu anhalten, den Antrag anders zu stellen. **Herr Adamek** wünsche sich im vierten Quartal des Jahres eine abschließende Antwort. **Herr Oberbürgermeister Kuras** fragte, ob er richtig in der Annahme gehe, dass sich die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses dort eine Anbindung wünschen. **Herr Adamek** verneinte dies. Es war lediglich eine Anfrage von Herrn Lantzsch. **Herr Schönemann** monierte, dass der Zustand der Erschließung des Ge-

samtareals unzumutbar sei. Es müsse eine verbindliche Regelung geben. Wenn das Dezernat III ordnungsrechtlich kaum Spielraum sieht, so könne der Oberbürgermeister, wenn er es ändern wolle, einfach Festlegungen treffen. Er laufe nur Gefahr, seine Entscheidung später korrigieren zu müssen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** entgegnete, seine Entscheidung durchaus begründen zu wollen. In den abgegebenen Stellungnahmen gebe es Ermessen. **Herr Schönemann** bat um einen Vorschlag für die Gesamterschließung des Areals. Am Ende gebe es eine B-Plan-Änderung im Bauausschuss, dann müsse der Sachverhalt geprüft werden, zunächst brauche er jedoch detaillierte Informationen, so der **Oberbürgermeister. Herr Dr. Melchior** entgegnete, dass man sich diese zwischen 06:30 und 07:30 Uhr beim Herunterfahren der Brücke holen kann. Dort sei das Unfallrisiko der Abbiegung Richtung Berufsschule erkennbar. Dem stimmte der **Oberbürgermeister** zu, auch die Parksituation sei kritisch. Eine Lösung sei, die Einfahrt von der Mannheimer Straße als Einbahnstraße zu gestalten – selbst das werde noch Schwierigkeiten geben.

Während des Tagesordnungspunktes verließ **Herr Hernig, AfD-Fraktion**, die Sitzung um 18:53 Uhr.

12 Beschlussfassungen

12.1 Neuordnung von Schiedsstellenbezirken der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/321/2017/I-OB

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, dass die Anzahl der Schiedsstellen in der Stadt Dessau-Roßlau deutlich unter Richtwert liegt und von 7 auf 5 Schiedsstellen reduziert wurde.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

12.2 Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsstellen I bis V der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/320/2017/I-OB

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Schiedspersonen wurden einstimmig gewählt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

**12.3 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/305/2017/I-OB**

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

**12.4 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/331/2017/I-OB**

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

**12.5 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen von EUR 1.000,00 bis 50.000,00 für den Zeitraum 31.07.2017 bis 31.08.2017
Vorlage: BV/299/2017/II-EB**

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

**12.6 Anzeige von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungsangeboten für den Zeitraum vom 01.04.-30.06.2017
Vorlage: BV/213/2017/V-SKD**

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

12.7 Entlastung der Geschäftsführer der MVZ SKD GmbH für das Geschäftsjahr 2016
Vorlage: BV/333/2017/II-20BTM

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

12.8 Entlastung des Aufsichtsrates der MVZ SKD GmbH für das Geschäftsjahr 2016
Vorlage: BV/334/2017/II-20BTM

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Aufgrund von Befangenheit nahm **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, nicht an der Abstimmung teil.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 07:00:00:01

13 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras schloss die Sitzung um 19:35 Uhr.

Dessau-Roßlau, 09.11.17

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Sandra Kahl
Schriftführerin